// Im Blickpunkt

Sechs Jahre Deutscher Corporate Governance Kodex – der Frage, ob es sich bei allem Lob zum sechsten Geburtstag des Kodex, das nicht zuletzt auch aus dem Bundesjustizministerium kam, tatsächlich um eine Erfolgsgeschichte handelt, geht der aktuelle Beitrag von *Bernhardt* nach. *Bauer/Arnold* zeigen des Weiteren auf, dass die Aufwertung der Vereinbarung von Abfindungs-Caps in Vorstandsverträgen zur Empfehlung und die Ausweitung der Verantwortlichkeit des Aufsichtsratsplenums für Vergütungsfragen von Vorstandsmitgliedern fragwürdig ist.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht

// Standpunkt

von **Dr. Nils Krause**, LL.M., Rechtsanwalt und Solicitor (England/Wales), White & Case LLP, Hamburg

Federführung bei Staatsfonds entschieden

Nach der am 11.7.2008 veröffentlichen Begründung des Referentenentwurfs zur 13. Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) und AWV soll das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) allein entscheiden, ob ein Prüfverfahren über die Beteiligung ausländischer Investoren an deutschen Unternehmen eingeleitet wird. Im Falle eines Prüfverfahrens sollen weitere betroffene Ministerien beteiligt werden. Im Falle der Untersagung oder bei Auflagen bedarf dies eines entsprechenden Kabinettsbeschlusses.

Die Änderung des AWG sieht vor, dass eine Übernahme oder Beteiligung untersagt werden kann, wenn dadurch die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der BRD gefährdet ist, wobei die Kontrolle branchenübergreifend sein soll.

Mit der Entscheidung zugunsten des BMWi ist zwar der Streit über die Federführung in dem Entscheidungsprozess beigelegt. Allerdings bleiben die grundsätzlichen Probleme des Reformvorhabens. Es bleibt zweifelhaft, inwieweit der bisherige Entwurf den hohen Anforderungen an die Rechtfertigung eines Eingriffs in die Kapitalverkehrsfreiheit genügt. Zudem ist zu bedenken, dass Eingriffe, die allgemeine industriepolitische Ziele verfolgen, nicht erlaubt sind. Vor diesem Hintergrund ist die Frage der Federführung nur ein Nebenkriegsschauplatz. Die eigentlichen Probleme des Reformvorhabens liegen in der europarechtlichen Zulässigkeit und der Rechtsunsicherheit bei Unternehmenstransaktionen. Es wird Zeit, dass sich der Gesetzgeber dieser Punkte ernsthaft annimmt.

Entscheidungen

AG München: Kreditverweigerung als Kündigungsgrund

Das AG München entschied in seinem Urteil vom 27.8.2007 – 231 C 17158/07 –, welches nunmehr rechtskräftig geworden ist, wie folgt: Die Verweigerung eines weiteren Kredits rechtfertigt die Kündigung bestehender Kreditverträge nicht. Soweit der Kunde trotzdem kündigt, hat dieser eine Vorfälligkeitsentschädigung zu zahlen.

Volltext des Urteils: // BB-ONLINE BBL2008-1685-1 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Verjährung von Einlageforderungen der GmbH in Altfällen

Der zweite Senat entschied in seinem Beschluss vom 2.6.2008 – II ZA 1/07 – wie folgt: Die für Altfälle noch nicht verjährter Einlageforderungen der GmbH maßgebliche besondere Überleitungsvorschrift des Art. 229 § 12 Abs. 2 EGBGB ist verfassungskonform dahin auszulegen, dass in die ab 15.12.2004 laufende neue zehnjährige Verjährungsfrist des § 19 Abs. 6 GmbHG lediglich die seit Inkrafttreten des Schuldrechtsmodernisierungsgesetzes, mithin ab 1.1.2002 verstrichenen Zeiträume der zuvor geltenden dreijährigen Regelfrist des § 195 BGB n. F., einzurechnen sind.

Volltext des Beschl.: // BB-ONLINE BBL2008-1685-2 unter www.betriebs-berater.de

BPatG: DDR-Staatssymbol nicht als Marke geschützt

Das Bundespatentgericht entschied am 21.7. 2008 – 26 W (pat) 69/05 – , dass das DDR-Staatssymbol mit Hammer, Zirkel und Ährenzkranz nicht als Marke geschützt werden kann. Die Marke war für verschiedene Waren und Dienstleistungen eingetragen, was das Gericht als Verstoß gegen die guten Sitten ansah.

Volltext des Urteils: // BB-ONLINE BBL2008-1685-3 unter www.betriebs-berater.de

BSG: Kein Anspruch auf Erstattung des Herstellerrabatts für Versandapotheke

Das Bundessozialgericht stellte in seiner Entscheidung vom 28.7.2008 – B 1 KR 4/08 R – fest, dass der so genannte Herstellerrabatt nicht für Importarzneimittel gelte. In dem Ausschluss einer Internetapotheke vom Rabattverfahren liege kein Verstoß gegen europäisches Recht.

Volltext des Urteils: // BB-ONLINE BBL2008-1685-4 unter www.betriebs-berater.de

BSG: Keine Krankenhauszulassung für GmbH in Liquidation

Das Bundessozialgericht hat am 28.7.2008 – B 1 KR 5/08 R – entschieden, dass der Anspruch auf Zulassung als Vertragskrankenhaus u. a. voraussetze, dass die Gewähr für eine leistungsfähige und wirtschaftliche Krankenhausbehandlung der Versicherten besteht. Daran fehle es aber bei einer GmbH in Liquidation, bei der die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wurde.

Volltext des Urteils: // BB-ONLINE BBL2008-1685-5 unter www.betriebs-berater.de

Gesetzgebung

Mittelstandsentlastungsgesetz beschlossen

Das Bundeskabinett hat am 23.7.2008 das Dritte Mittelstands-Entlastungsgesetz beschlossen. Der Gesetzentwurf enthält 24 Maßnahmen, die kleine und mittelständische Unternehmen in Bezug auf Statistik und Gewerberecht von unnötiger Bürokratie entlasten sollen. Das Kabinett rechnet damit, dass der Mittelstand hierdurch jährlich um 76 Millionen Euro entlastet werde. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag bewertete das Gesetz allerdings als minimalen Schritt beim Bürokratieabbau.

Überprüfung der EU-Kartellrechtsreform

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung der EU-Kartellrechtsreform, die im Mai 2004 in Kraft getreten ist, eingeleitet. Ein zentraler Punkt der Reform, welcher nunmehr überprüft werden soll, ist die Legalausnahme, nach der jedes Kartell als erlaubt gilt, solange es nicht explizit untersagt wird. Die Konsultationsfrist endet am 30.9. Im Frühjahr 2009 möchte die Kommission einen Bericht zur Umfrage vorlegen.

Ständige Mitarbeiter im Wirtschaftsrecht: Prof. Dr. Dr. Jürgen Ensthaler, Berlin; **Prof. Dr. Markus Gehrlein**, Richter am BGH, Karlsruhe; **RA Dr. Nils Krause**, Hamburg; **RA Dr. K. Jan Schiffer**, Bonn; **RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen**, Köln